

Bremer Vulkan

Riege der Traumtänzer

Die Zustände beim Pleitekonzern waren allen Beteiligten seit Jahren wohlbekannt. Das behauptet ein hochkarätiger Zeuge.

Es war halb neun morgens, als Manfred Timmermann, Ex-Vorstand der Bremer Vulkan Verbund AG, am 23. Juli dieses Jahres bei der Bremer Staatsanwaltschaft zu reden begann, die fertige Aussage unterschrieb er um zwölf Uhr mittags.

Danach waren die Ermittler im Fall Vulkan ein großes Stück weiter: Auf neun Protokollseiten haben sie festgehalten, warum der Manager – inzwischen Finanz-Controller bei der Deutschen Bank – im Oktober 1993 aus dem späteren Pleitekonzern Vulkan ausstieg und wen er anschließend über das drohende De-

saster unterrichtete. Die Liste der Eingeweihten ist, nach Timmermanns Angaben, lang. Sie umfaßt nahezu alle politischen Entscheidungsträger im Umkreis des Vulkan-Konzerns und die Regierungschefs von Schwerin und Bremen sowie engste Kanzlervertreute.

Drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse in Bremen, Schwerin und Bonn mühen sich, das Versickern von 850 Millionen Mark Fördergeldern für die Ostwerften im Westteil des Vulkan-Verbunds zu klären. Das Geld ist unwiederbringlich verloren, der Konzern mußte im Mai dieses Jahres Konkurs anmelden. Das Bundeskriminalamt ermittelt gegen den ehemaligen Vulkan-Chef Friedrich Hennemann und weitere Vorstände wegen des Verdachts der Untreue.

Schon im Spätsommer 1993, so berichtete Timmermann den Ermittlern, sei er mit den Vorständen um Konzernchef Hennemann aneinandergeraten. Zu offensichtlich schienen dem für den Aufbau der maroden Werften an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns verantwort-



Timmermann

W. V. BRAUCHITSCH

lichen Manager die Versuche, von der Milliarde für den Osten immer mehr Geld zweckfremd zu verwenden.

So waren die von der Europäischen Union genehmigten Fördergelder für die Ostwerften zwar auf Festgeldkonten angelegt. Doch die daraus entstehenden Zinsgewinne in Höhe von 56 Millionen Mark wollten Hennemann und seine Getreuen in die maroden Westfirmen lenken. „Leute“, wetterte Timmermann,

„das können wir nicht machen!“ Doch der Konzernchef habe sich hier genauso durchgesetzt wie bei der Idee, den abhängigen Ostwerften weitgehend wertlose Schiffbaupläne aufzuschwatzen.

Im September 1993 seien 17 alte Ordner mit Zeichnungen für ein Containerschiff, das die Wismarer Schiffbauer auch allein hätten bauen können, für 80 Millionen Mark in den Osten gegangen. Die Treuhand habe den Vorgang abgehakt, obwohl die Papiere höchstens acht Millionen wert gewesen seien.

Im Vorstand stritten sich Timmermann und Hennemann, bis es zum Bruch kam.

Der vorsichtige Hochschulprofessor und Ex-Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, urteilt ein Ermittler heute, sei „in der Riege der Traamtänzer und Dynamiker wie Hennemann, Triebold und Schnüttgen ein Außenseiter geblieben“.

Timmermann war durch seinen Ausscheidungsvertrag zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dennoch nutzte er seine Abschiedsbesuche, um die politisch Verantwortlichen zu warnen.

So informierte er die Bonner Staatssekretäre Johannes Ludewig und Dieter von Würzen, den einen im Kanzleramt, den anderen im Wirtschaftsministerium.

Dann saß er dem Schweriner Ministerpräsidenten Berndt Seite in dessen Amtszimmer gegenüber. Der hatte seinen für Werften zuständigen Abteilungsleiter Michael Bednorz dazugezogen. Doch Seite habe nur ungläubig und ausweichend geantwortet.

Nicht besser erging es Timmermann bei Bremens damaligem Ersten Bürgermeister Klaus Wedemeier; auch Mecklenburg-Vorpommerns CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die im Werftenstand-



KÖHLER / TELEPRESS

Vulkan-Chef Hennemann (l.), Besucher*
Die Verantwortlichen wollten nichts wissen

ort Stralsund ihren Wahlkreis hat, zeigte wenig Interesse. Birgit Breuel, die als ehemalige Chefin der Treuhandanstalt

* Treuhand-Chefin Birgit Breuel und Berndt Seite, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, im August 1994 auf der MTW-Werft in Wismar.

für die Auszahlung von Subventionen verantwortlich war, habe zwar „ganz schlimm“ gefunden, „was Sie da sagen“. Aber die Millionen flossen trotzdem weiter.

Offenbar wollten sich die Verantwortlichen nicht eingestehen, daß ihre Vulkan-Politik gescheitert war – und sie fürchteten die Konsequenzen. Bis zuletzt hofften sie, daß Hennemanns Visionen von einem maritimen Großkonzern Wirklichkeit würden.

Der Vulkan, klagte Seite im April 1994 vor dem Schweriner Landtag, habe in Timmermann „einen ausgewiesenen Manager entlassen, dessen Engagement und Einsatz für den Aufbau im Osten über jeden Zweifel erhaben ist“.

Daß Timmermann ihn persönlich über Hennemanns Machenschaften und Absichten informiert hatte, erwähnte Seite wohlweislich nicht. Bis heute behauptet er beharrlich, von den zweckfremden Verwendungen der Ostgelder nichts gewußt zu haben. Es habe durch Timmermann lediglich Hinweise gegeben.

Die Staatsanwälte sehen das anders, sie finden Timmermanns Darstellung der Vorgänge „glaubwürdig und überzeugend“. „Keiner kann mehr sagen“, so ein Ermittler, „er sei nicht frühzeitig gewarnt worden.“ □